

Kürzungsmaßnahme konterkariert Schulgesetz

Zum kommenden Schuljahr sollen die Lehrerstunden für den gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder in der Berliner Grundschule weiter gekürzt werden. Nach einem uns vorliegenden senatsinternen Arbeitspapier zur Planung der Lehrkräftezuweisung für das kommende Schuljahr erhält künftig eine Schule für ein lernbehindertes Kind und für ein Kind mit anerkanntem Förderbedarf wegen besonderer Verhaltensprobleme nur noch jeweils 2,5 zusätzliche Lehrerstunden in der Woche. Ursprünglich wurden hierfür 5,5 zusätzliche Lehrerstunden zur Verfügung gestellt, dann 2,5 bis 4,5 Lehrerstunden.

In vielen Berliner Grundschulen werden auch Kinder mit einer geistigen Behinderung gemeinsam mit den anderen Schülerinnen und Schülern unterrichtet. Diese anspruchsvolle pädagogische Aufgabe wurde noch vor drei Jahren mit 10 zusätzlichen Lehrerstunden pro Woche unterstützt. Vor einem Jahr wurde diese Anzahl auf 8 Lehrerstunden reduziert; vom neuen Schuljahr an sollen hierfür nur noch 5 zusätzliche Lehrerstunden bereit gestellt werden. Mit 5 zusätzlichen Lehrerstunden pro Woche kann die Bildung von Kindern mit einer geistigen Behinderung gemeinsam mit anderen Kindern ohne Behinderung nicht verantwortungsvoll verwirklicht werden.

Ebenso sollen jegliche Frequenzbeschränkungen und zusätzliche Teilungsstunden (ehemals Bandbreitenmodell) in sogenannten Integrationsklassen den Sparmaßnahmen im Grundschulbereich zum Opfer fallen.

Diese beabsichtigten Kürzungsmaßnahmen würden unweigerlich dazu führen, dass Kinder mit Behinderungen wieder zunehmend mehr auf Spezialschulen für Behinderte unterrichtet werden, ohne den für ihre Entwicklung wichtigen Kontakt zu nicht behinderten Kindern. Dies würde im eklatanten Widerspruch zur Festlegung des Berliner Schulgesetzes stehen, nach der „die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorrangig im gemeinsamen Unterricht erfolgen soll“.

Eltern, die erfahren haben, dass ihre behinderten Kinder vom gemeinsamen Unterricht mehr profitieren als vom Unterricht in einem sonderpädagogischen Förderzentrum, sind – wie aus Nachfragen, die uns erreichten, deutlich wird – besorgt und empört über die beabsichtigte Kürzung von Personalmitteln zum Nachteil ihrer Kinder.

Die Berliner Landesgruppe des Grundschulverbandes fordert Bildungssenator Zöllner auf, keine Kürzungen zulasten des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern zuzulassen, um weiteren Schaden von den Berliner Grundschulen und den Kindern, für deren Bildung sie verantwortlich sind, abzuwenden.